

Mit Paul Schiefer im Studio und mit diesen Themen. Israel setzt seine Angriffe auf Gaser fort, gleichzeitig wird die Krisen-Diplomatie fortgesetzt. In Österreich sollen Gasheizungen in Neubauten ab dem nächsten Jahr verboten werden, das hat die Regierung am Nachmittag bekannt gegeben. Und die Auszahlung der Corona-Hilfen über die Kofak ist verfassungswidrig, das hat der VfGH so entschieden, die Hilfen dürfen aber weiter fließen. Das Wetter bringt morgen viel Sonnenschein.

Die Lage im Gazestreifen verschlechtert sich weiter, gleichzeitig kommen fast täglich Politiker in der Region an, um zu vermitteln. Laut Medienberichten wird UNO-Generalsekretär Guterres morgen nach Ägypten reisen. US-Präsident Joe Biden wird morgen in Israel erwartet und schon heute ist der deutsche Kanzler Olaf Scholz in Israel eingetroffen, berichtet Rosanna Zara.

Scholz Besuch soll ein klares Zeichen der Solidarität sein. Er will sich über die aktuelle Kriegslage informieren und auch Familien der von der Hamas verschleppten Geiseln treffen.

Eine von ihnen eine 21-jährige Frau ist heute in einem Video vorgeführt worden. Ihre Mutter bittet die Weltöffentlichkeit um Hilfe.

Immer prekärer wird auch die Lage im Gazastreifen. Das Palästinenser Hilfswerk warnt eindringlich, dass auch die letzten Wasserreserven für die 2 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner endgültig zu Ende gehen.

Die israelische Armee hat heute einen weiteren hochrangigen Hamas-Kommandeur bei einem Luftschlag

getötet, wie auch die Terrororganisation selbst bestätigt, während palästinensische Raketen wieder Alarm unter anderem in Tel Aviv ausgelöst haben.

Morgen stellt Finanzminister Magnus Brunner im Parlament das Budget für das kommende Jahr vor. Ein zentraler Teil sind Investitionen und Förderungen im Baubereich. Das geplante Erneuerbaren Wärmegesetz wird dabei aber deutlich zusammengestutzt. Es ist jetzt nur noch ein verpflichtender Ausstieg aus Gasheizungen für Neubauten. Für bestehende Gebäude kommt das nicht. Tanja Malle berichtet.

Das geplante Konjunkturpaket sieht 3 Milliarden Euro für Energiehilfen für Unternehmen vor und 3 Milliarden Euro für erneuerbare Energien und Sanierungen. Bundeskanzler Nehammer ÖVP. Es ist heute aus meiner Sicht ein guter Tag für die Energiewende in Österreich, wenn es darum geht, unser Ziel fossile Brennstoffe weiter zurückzudrängen.

Was bedeutet, der verpflichtende Ausstieg aus Gasheizungen soll nur für Neubauten kommen, nicht für Bestandsbauten, wie er ursprünglich in der Vorlage zum Erneuerbaren Wärmegesetz vorgesehen. Bei Bestandsbauten soll nun der Umstieg gefördert werden. Klimaministerin Gewessler von den Grünen begründet den Richtungswechsel.

Man kann und man soll diesen Widerstand auch nicht wegnörgeln. Irgendwann kommt auch in der Politik der Moment, wo man sagen muss, der ursprüngliche Plan war gut, aber funktioniert heute nicht mehr.

3 Viertel der Heizungsdauschkosten sollen ersetzt werden.

Monatelang hat der Verfassungsgerichtshof die Auszahlung der Corona-Hilfen geprüft, genauer gesagt, ob die Auszahlung über die eigens dafür geschaffene Covaq verfassungsgemäß ist. Heute, das vernichtende Urteil, die Aufgabenübertragung an die Covaq verstößt gegen die Verfassung. Die Hilfgelder fließen aber trotzdem weiter, berichtet Hannah

Sommersacher.

Es ist ein vernichtendes Urteil. Die Aufgabenübertragung an die Covaq verstößt gegen die Verfassung,

so der VfGH. Verfassungsexperte Peter Bußjäger sagt dazu, das ist ein sehr hartes Verdicht und zeigt eben, dass es dem Gesetzgeber in erster Linie darauf ankam, sozusagen die Flucht aus der Verwaltung anzutreten. Im Ergebnis mussten die Aufgaben dann doch wieder über die Finanzämter erledigt werden.

Wirksam wird die Aufhebung der verfassungswidrigen Bestimmungen erst im November des kommenden

Jahres. Bis dahin darf die Covaq Hilfen auszahlen. Vom Finanzminister heißt es die Abwicklung der Covaq habe er bereits vom Monaten beauftragt. Noch auszuzahlen der Hilfen würden weiter bearbeitet. Von der Opposition hagelte es Kritik. Der Entscheid belege das Totalversagen der Regierung, so die FPÖ. Die SPÖ sieht im Urteil die Bestätigung für einen Finanzskandal. NEOS fordern die rasche Abwicklung der Covaq.

Nächstes Thema ist die SPÖ. Da wird es Änderungen geben bei der Wahl der Parteichefs. Die werden

nämlich in Zukunft von der Basis gewählt, wenn es mehr als eine Kandidatin oder einen Kandidaten dafür gibt. Parteichef Andreas Babler hat sich damit gegen Skeptiker in der SPÖ wie den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig durchgesetzt. Die Änderungen sollen beim Parteitag im November abgesegnet werden. Katja Arto verberichtet.

Die Mitglieder sollen das letzte Wort haben. Elektronische oder per Briefwahl kann künftig über den SPÖ-Vorsitz entschieden werden. Wer dafür kandidieren will, muss innerhalb von vier Wochen 1.500 Unterschriften sammeln, was aktuell etwa einem Prozent aller Parteimitglieder

entspricht. Dadurch sollen Spaßkandidatinnen und Kandidaten ausgeschlossen werden. Mitmachen bei der Direktwahl dürfen auch neu eingetretene, wenn sie für das aktuelle Kalenderjahr den Mitgliedsbeitrag bezahlt haben. Er reicht niemand im ersten Durchgang 50 Prozent, kommt es zu einer Stichwahl. Der SPÖ-Bundesparteitag entscheidet über den Vorsitz nur noch, wenn es lediglich eine Kandidatin oder einen Kandidaten gibt oder wenn die Beteiligung bei der Mitgliederbefragung unter 20 Prozent liegt. Die Vorsitzwahl findet regulär alle drei Jahre statt oder wenn sie von 10 Prozent der Parteimitglieder gefordert wird. Das sind zurzeit rund 15.000. Seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine sind rund 80.000 ukrainische Flüchtlinge nach Österreich gekommen. Der Großteil davon sind Frauen mit Kindern. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt nach wie vor in der Grundversorgung und das bedeutet in organisierten Quartieren nur ein Taschengeld von 40 Euro pro Monat. Das müsse sich ändern, sagt die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch, Veronica Mahler, berichtet.

Das Leben in der Grundversorgung ist eine Armutsfalle, sagt Alexander Pollock von SOS Mitmensch. Er fordert die Gleichstellung der Ukraine-Vertriebenen mit Asylberechtigten.

Dieser Schritt würde zum einen langfristige Aufenthaltssicherheit bedeuten. Er würde den Zugang zur Sozialhilfe öffnen, auch den Zugang zu Programmen des ÖEF und des AMS hinsichtlich Ausbildung und Arbeitsmarktqualifizierung.

Die Arbeitsmarktintegration funktionieren vergleichbaren Ländern besser als in Österreich. In der Niederlande arbeiten 70 Prozent der geflüchteten Ukraine-Rinnen in Polen, 66

Prozent in Dänemark, 53 Prozent in Österreich sind es gerade mal 14.

Die Politik müsse dringend handeln, auch weil die vertriebenen Richtlinien den Status der Ukraine-Rinnen regelt, mit März nächsten Jahres ausläuft.

Nach den tödlichen Schüssen auf zwei schwedische Fußballfans in Brüssel fahndet die Belgische Polizei nach möglichen Komplizen des Täters. Der 45-jährige Tunisia war bei seiner Verhaftung heute früh von Polizisten angeschossen worden und verstarb später im Krankenhaus. Er hatte sich nach negativem Asylbescheid illegal in Belgien aufgehalten und soll mit dem sogenannten islamischen Staat sympathisiert haben.

Wie keinerneuten Bombendrohung ist am Nachmittagsschloss Versailles bei Paris evakuiert worden. Aus

Sicherheitsgründen blieb der Schloss und der angrenzende Park für den Rest des Tages geschlossen. Bereits am Samstag musste Versailles nach einer Bombendrohung geräumt werden. Die Europäische Union hat Belize in Mittelamerika, die Karibik-Insel Antigua und Barbuda sowie diese Schellen als Steuerparadiese eingestuft und in die Schwarze Liste der Steueroasen aufgenommen. In allen drei Staaten seien Mängel beim Austausch von Steuerinformationen festgestellt worden, heißt es aus Brüssel.

Die Ursache für den Panzerunfall auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig, bei dem ein Bundesherrsoldat

uns leben gekommen ist, ist weiter unklar, die Ermittlungen laufen. Der Panzer war gestern von der Straße abgekommen und über eine Böschung gestürzt. Noch ist unklar, ob ein menschlicher Fehler oder technisches Gebrechen zu dem Unglück geführt hatte.

In Villach ist ein Wolf offenbar von einem Auto angefahren und dabei getötet worden. Mitarbeiter des Magistrats fanden das Tier heute früh, die Polizei geht von Fahrerflucht aus. Eine Überprüfung läuft noch. Im Siedlungsgebiet von Villach hat es in letzter Zeit vermehrt Wolfssichtungen gegeben.

Jetzt haben wir noch die Wettausgaben für Sie mit Daniel Schrott.

Die Wolken, die derzeit über Österreich liegen sie ihn wieder ab. In der Nacht damit meist schernen klarer Himmel und Abkühlung auf plus 6 Grad in Vorarlberg bis minus 6 Grad im Waldviertel. Morgen viel Sonne. Zunächst aber Nebelfelder wie im Alpenvorland, in der Obersteiermark

und in Kärnten. Über den Westen Österreichs ziehen zeitweise auch dichtere Wolken. Meist 10 bis 16 Grad morgen von Vorarlberg bis in Salzkammergut mit leichtem Föhn schon bis zu 20. Der Föhn liegt in den folgenden Tagen zu und bringt noch wärmere Luft.

Das war das Journal um 5. Wir melden uns wieder um 18 Uhr. Jetzt geht es weiter mit den Kulturthemen des Tages.